

Große Anfrage der Fraktion der FDP

Der öffentliche Dienst im Land Bremen als Arbeitgeber

Ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst ist die Grundlage für eine funktionierende staatliche Infrastruktur und damit für ein freiheitliches und modernes Gemeinwesen. Dabei ist qualifiziertes und motiviertes Personal eine zentrale Voraussetzung dafür, dass der Staat seine Aufgaben effizient und bürgerorientiert erfüllen kann. Dies gilt in besonderem Maße für das Land Bremen.

Deutschlandweit waren im Jahr 2024 rund 5,4 Millionen Menschen im öffentlichen Dienst beschäftigt. Wie das Statistische Bundesamt (DESTATIS) anlässlich des Tags des öffentlichen Dienstes am 23. Juni 2025 mitteilte, waren das 95 900 Beschäftigte oder 1,8 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Damit arbeiteten 2024 knapp 12,0 Prozent aller Erwerbstätigen in Deutschland im öffentlichen Dienst (vergleiche DESTATIS: Pressemitteilung Nummer 212, vom 17. Juni 2025).

Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die Situation im Land Bremen fragen wir den Senat:

1. Wie viele Menschen im Land Bremen arbeiten im öffentlichen Dienst? (Bitte jährlich von 2019 bis 2025 nach Geschlecht, Entgeltgruppen beziehungsweise Besoldungsgruppen, den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven sowie nach den jeweiligen Dienstherrn aufschlüsseln.)
2. Wie hoch sind die Teilzeitquoten und die durchschnittliche Wochenarbeitszeit bei den verschiedenen Dienstherrn? (Bitte jährlich 2019 bis 2025, aufgeschlüsselt nach Geschlecht, Entgelt-/Besoldungsgruppen und Status [Beamte/Angestellte].)
3. Wie viele Beschäftigte bei welchen Dienstherrn nutzen regelmäßig die Möglichkeit zu Homeoffice oder mobilem Arbeiten? Wie hat sich dieser Anteil seit 2019 entwickelt? (Bitte nach Geschlecht und Dienstherr aufgliedern.)

4. Wie viele Personen im öffentlichen Dienst im Land Bremen haben einen außertariflichen Vertrag? (Bitte unter Angabe des jeweiligen Dienstherrn und der jeweiligen Vergütungshöhe angeben.)
5. Wie fallen die Leistungsbeurteilungen im öffentlichen Dienst aus? Wie viele Beschäftigte der jeweiligen Dienstherrn erreichen - jeweils nach Männern und Frauen sowie nach vollen Zehn-Prozentpunkten (100 Prozent, 90 bis 99 Prozent, 80 bis 89 Prozent und so weiter) aufgeschlüsselt – welche Bewertungsstufen?
6. Wie ist die jeweilige Altersstruktur der Beschäftigten bei den Dienstherrn? (Bitte jeweils nach Männern und Frauen aufgeschlüsselt.)
7. Wie wird die Mitarbeiterzufriedenheit bei den jeweiligen Dienstherrn erhoben, und wie sind die Ergebnisse dieser Erhebungen? (Bitte, sofern vorhanden, jährliche Vergleichswerte angeben.)
8. Wie haben sich die Pensionslasten des Landes Bremen für Beamtinnen und Beamte seit 2019 entwickelt, und welche Entwicklungen werden bis 2035 erwartet? (Bitte jährliche Angaben zu Rückstellungen, Zuführungen und Auszahlungen machen.)
9. Wie viele Stellen sind aktuell unbesetzt, und wie lange sind diese Stellen im Durchschnitt unbesetzt? (Bitte, soweit möglich, nach Funktionsebene oder Fachbereich differenzieren.)
10. Wie hat sich die Zahl der Bewerbungen pro ausgeschriebener Stelle (differenziert nach den wichtigsten Laufbahngruppen, zum Beispiel allgemeine Verwaltung, IT, Bildung, Polizei) von 2019 bis 2025 entwickelt?
11. Wie viele Mehrarbeitsstunden (Überstunden) wurden von den Beschäftigten (Beamte/Angestellte) bei den jeweiligen Dienstherrn jährlich (2019 bis 2025) geleistet? Wie viele davon wurden finanziell vergütet, wie viele durch Freizeit ausgeglichen und wie viele Überstunden bei den jeweiligen Dienstherrn bisher noch nicht ausgeglichen?
12. Wie viele Fort- und Weiterbildungsstunden wurden pro Kopf absolviert? Wie hoch sind die Teilnahmequoten und das Weiterbildungsbudget je Beschäftigter beziehungsweise Beschäftigtem bei den jeweiligen Dienstherrn (jährlich 2019 bis 2025)?
13. Wie hoch ist der Anteil schwerbehinderter beziehungsweise gleichgestellter Personen im öffentlichen Dienst des Landes Bremen?

(Bitte aufschlüsseln nach Beschäftigtenquote, Zielquote sowie gegebenenfalls entrichteten Ausgleichsabgaben jährlich von 2019 bis 2025.)

Gökhan Brandt, Thore Schäck und Fraktion der FDP